

NOMOSHANDKOMMENTAR

Saenger | Inhester [Hrsg.]

GmbHG

5. Auflage



Nomos

NOMOSHANDKOMMENTAR

Prof. Dr. Ingo Saenger
Dr. Michael Inhester [Hrsg.]

GmbHG

5. Auflage

Dr. Philipp Diers LL.M., Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater | **Dr. Marc Alexander Göb**, Rechtsanwalt | **Dr. Thomas Harmann**, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater | **Dr. Michael Inhester**, Rechtsanwalt | **Dr. Alexander Kessler** LL.M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht | **Dr. Welf Klingsch** LL.M., Notar | **Dr. Cornelius Kruse** LL.M., Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht | **Dr. Thomas Lakenberg** M.Jur., Rechtsanwalt | **Dr. Matthias Nordmeyer** M.Jur., Richter am Oberlandesgericht | **Prof. Dr. Holger Peres**, Rechtsanwalt | **Dr. Hartmut Rensen**, Richter am Bundesgerichtshof | **Prof. Dr. Ingo Saenger**, Universität Münster | **Heike Schulze Brandhoff**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht | **Dr. Stefan Simon**, Rechtsanwalt, Maître en Droit International et Européen, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und für Arbeitsrecht | **Dr. Matthias Wiese**, Rechtsanwalt und Notar | **Dr. Nadja Gräfin Wolffskeel von Reichenberg**, Notarin



Nomos

Zitiervorschlag: HK-GmbHG/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0090-6

5. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur fünften Auflage

Bekanntlich ist das Gesellschaftsrecht eine äußerst „lebendige“ Materie. Das gilt in besonderem Maße für das Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Davon zeugen eine Vielzahl obergerichtlicher Entscheidungen, vor allem aber die umfangreiche Rechtsprechung des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs. Diese zeichnet aktuelle Entwicklungen unternehmerischen Handelns nach und reagiert auf Gesetzesänderungen, die in diesem Rechtsgebiet mit besonderer Regelmäßigkeit eintreten und nicht selten europäisch beeinflusst sind.

Dem trägt auch die 5. Auflage dieses Kommentars Rechnung. Sie wird aufgrund von Gesetzesänderungen einerseits sowie neuester Rechtsprechung und entsprechend umfangreicher Literatur andererseits wiederum dreieinhalb Jahre nach Erscheinen der Voraufgabe erforderlichlich.

Aus der Vielzahl der Neuregelungen sind nur die Änderungen zu nennen, welche das Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz (die insolvenzrechtlichen Erläuterungen finden sich nach Aufhebung von § 64 GmbHG aF nunmehr in den Anhängen I und II zu § 60 GmbHG – dort auch zur rechtsformneutralen Folgenorm § 15b InsO), das Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen, das Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie nebst dem entsprechenden Ergänzungsgesetz (das die nicht nur auf die Bargründung beschränkte Online-Gründung ermöglicht hat), die Umsetzung der europäischen Umwandlungsrichtlinie und schließlich das am 1.1.24 in Kraft getretene Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz (MoPeG) mit sich gebracht haben. Anzunehmen ist, das Letzteres künftig noch Einfluss auf das GmbH-Recht nehmen wird. Denn Ausstrahlungswirkungen des mit dem MoPeG eingeführten Beschlussmängelrechts der Personenhandelsgesellschaften (§§ 110–115 HGB) werden bereits in der Gesetzesbegründung in Betracht gezogen. In Literatur und Rechtsprechung sollte dies alsbald Niederschlag finden. Allgemein wird sich die Frage stellen, welche Anleihen am modernisierten Personengesellschaftsrecht bei personalistisch strukturierten GmbHs im Einzelfall genommen werden können.

Veränderungen und Neuausrichtungen haben sich auch im Zuschnitt der Arbeitsgebiete ergeben. *Dr. Göb* übernimmt die insolvenzspezifischen Teile von *Dr. Kolmann*. *Dr. Lakenberg*, der auch den zuvor von *Kolmann/Riedemann* betreuten liquidationsrechtlichen Teil betreut, und *Dr. Harmann* verantworten gemeinsam die bislang von *Dr. Bayer* und *Dr. Viskorf* kommentierten Vorschriften. Die Arbeitsgebiete von *Dr. Pfisterer* wurden aufgeteilt und in die Hände von *Dr. Kruse* und *Dr. Wiese* gelegt. Frau *Schulze Brandhoff* verantwortet das Arbeitsgebiet von *Dr. Lücke*. Zusätzlich bearbeitet *Dr. Rensen* ebenso wie *Dr. Wolffskeel von Reichenberg*, die auch *Dr. Frank* nachfolgt, bislang von *Dr. Bergjan* kommentierte Vorschriften. Den ausgeschiedenen Autoren, die den Erfolg des Werkes mitbegründet haben, gebührt der Dank der Herausgeber.

Ohne vielfältige Unterstützung wäre die Neuauflage nicht zu verwirklichen gewesen. Zu danken ist an erster Stelle den Lesern, die sich konstruktiv zur Voraufgabe geäußert haben. Ihre Verbesserungsvorschläge stellen einen

besonders wertvollen Beitrag zur Fortentwicklung des Werks dar. Auch die 5. Auflage bleibt auf diese kritische Begleitung angewiesen. Die Herausgeber sind für jeden Hinweis zur Verbesserung dankbar, der sie auf den unten genannten Wegen erreichen kann. Dank zu sagen ist auch Assistentinnen und Assistenten für ihre Mitwirkung bei der Vorbereitung der Neuauflage. Für andere mehr sei an dieser Stelle *Johanna Tönnies* genannt. Für die umfassende redaktionelle Betreuung und Bearbeitung der Manuskripte ist ihr ebenso wie *Andrea Freund* zu danken. Für die ausgezeichnete Unterstützung seitens des Lektorats des Nomos Verlags gebührt *Petra Buchdunger* und *Frank Michel* Dank.

Münster/München, im Februar 2024

Ingo Saenger

Michael Inhester

Zuschriften an die Herausgeber bitte an:

Prof. Dr. Ingo Saenger
Universität Münster
Institut für
Internationales Wirtschaftsrecht
Universitätsstr. 14-16
48143 Münster
ingo.saenger@uni-muenster.de

RA Dr. Michael Inhester
POELLATH
Hofstatt 1
80331 München
michael.inhester@pplaw.com

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2011)

Keine andere Unternehmensform erfreut sich seit mehr als einhundert Jahren so großer Beliebtheit wie die seit 1892 existierende Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23.10.08 wurden die Weichen für die Zukunftsfähigkeit der GmbH gestellt. Sie wird sich im zunehmenden Wettbewerb europäischer Rechtsformen behaupten können.

Traditionsreiche Gesetze, die über lange Zeit durch Rechtsprechung und Gesetzgebung fortentwickelt wurden, brauchen lebendige und moderne Kommentierungen. Diesen Anspruch verfolgt der Handkommentar zum GmbH-Gesetz, der alle wichtigen Vorschriften des Rechts der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zusammenführt.

Die Kommentierung orientiert sich an den Bedürfnissen der Praxis. Nach dem bewährten Konzept der NOMOS-Handkommentare werden alle Fragen wissenschaftlich fundiert, aber kompakt aufgegriffen. An allen relevanten Stellen sind register- und kostenrechtliche Ausführungen ebenso eingearbeitet wie Verfahrensfragen und die Querbezüge zum Handels- und Aktienrecht. In die Darstellung sind zahlreiche Formulierungshilfen und Beratungshinweise integriert. Im Anhang findet sich ein Mustergesellschaftsvertrag mit Hinweisen auf die relevanten Kommentarstellen.

Münster/München, im September 2010

Ingo Saenger

Michael Inhester

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Philipp Diers LL.M., Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater (§§ 30-32; §§ 56, 56a [gemeinsam mit *Inbester*])

Dr. Marc Alexander Göb, Rechtsanwalt (Anhang zu § 30: Gesellschafterfremdfinanzierung, Anhang I zu § 60: Die GmbH in Krise und Insolvenz; Anhang II zu § 60: Haftung für Zahlungen nach Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung)

Dr. Thomas Harmann, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater (§§ 41, 42, 42a [gemeinsam mit *Lakenberg*])

Dr. Michael Inbester, Rechtsanwalt (§§ 53-55a; 56, 56 a [gemeinsam mit *Diers*], 57-58f)

Dr. Alexander Kessler LL.M., Rechtsanwalt und Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht (Anhang zu § 4a: Zweigniederlassung, Anhang zu § 13: Konzernrecht)

Dr. Welf Klingsch LL.M., Notar (§§ 29, 33, 34 mit Anhang Ausschluss und Austritt)

Dr. Cornelius Kruse LL.M., Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht (§§ 5a-10, 12, 15, 16)

Dr. Thomas Lakenberg M.Jur., Rechtsanwalt (§§ 41, 42, 42a [gemeinsam mit *Harmann*]); 66-74)

Dr. Matthias Nordmeyer M.Jur., Richter am Oberlandesgericht (§§ 75-77)

Prof. Dr. Holger Peres, Rechtsanwalt (§ 52)

Dr. Hartmut Rensen, Richter am Bundesgerichtshof (§§ 45-47 mit Anhang Fehlerhaftigkeit von Gesellschafterbeschlüssen, §§ 48-51)

Prof. Dr. Ingo Saenger, Universität Münster (Einführung, §§ 13, 14, 18-28, 77a-88)

Heike Schulze Brandhoff, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht (§§ 35-40, 43-44 [gemeinsam mit *Simon*])

Dr. Stefan Simon, Rechtsanwalt, Maître en Droit International et Européen, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und für Arbeitsrecht (§§ 35-40, 43-44 [gemeinsam mit *Schulze Brandhoff*])

Dr. Matthias Wiese, Rechtsanwalt und Notar (§§ 1, 2 mit Anhang Mustergesellschaftsvertrag, §§ 3-5, 11)

Dr. Nadja Gräfin Wolffskeel von Reichenberg, Notarin (§§ 51a-51b, 60-62, 65)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur fünften Auflage	5
Bearbeiterverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	15
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis	25

Einführung	33
------------------	----

Abschnitt 1: Errichtung der Gesellschaft

§ 1	Zweck; Gründerzahl	63
§ 2	Form des Gesellschaftsvertrags	78
Anlage 1 (zu § 2 Abs. 1a)		105
Anlage 2 (zu § 2 Abs. 3)		107
Anhang zu § 2: Mustergesellschaftsvertrag		110
§ 3	Inhalt des Gesellschaftsvertrags	117
§ 4	Firma	138
§ 4a	Sitz der Gesellschaft	148
Anhang zu § 4a: Zweigniederlassung (§§ 13 ff. HGB)		152
§ 5	Stammkapital; Geschäftsanteil	170
§ 5a	Unternehmergesellschaft	190
§ 6	Geschäftsführer	205
§ 7	Anmeldung der Gesellschaft	222
§ 8	Inhalt der Anmeldung	232
§ 9	Überbewertung der Sacheinlagen	242
§ 9a	Ersatzansprüche der Gesellschaft	246
§ 9b	Verzicht auf Ersatzansprüche	251
§ 9c	Ablehnung der Eintragung	253
§ 10	Inhalt der Eintragung	258
§ 11	Rechtszustand vor der Eintragung	260
§ 12	Bekanntmachungen der Gesellschaft	284

Abschnitt 2: Rechtsverhältnisse der Gesellschaft und der Gesellschafter

§ 13	Juristische Person; Handelsgesellschaft	287
Anhang zu § 13: Konzernrecht und Patronatserklärung		328
§ 14	Einlagepflicht	419
§ 15	Übertragung von Geschäftsanteilen	427
§ 16	Rechtsstellung bei Wechsel der Gesellschafter oder Veränderung des Umfangs ihrer Beteiligung; Erwerb vom Nichtberechtigten	468
§ 17	(weggefallen)	494
§ 18	Mitberechtigung am Geschäftsanteil	494

§ 19	Leistung der Einlagen	498
§ 20	Verzugszinsen	545
§ 21	Kaduzierung	548
§ 22	Haftung der Rechtsvorgänger	559
§ 23	Versteigerung des Geschäftsanteils	565
§ 24	Aufbringung von Fehlbeträgen	570
§ 25	Zwingende Vorschriften	577
§ 26	Nachschusspflicht	577
§ 27	Unbeschränkte Nachschusspflicht	581
§ 28	Beschränkte Nachschusspflicht	586
§ 29	Ergebnisverwendung	589
§ 30	Kapitalerhaltung	618
Anhang zu § 30:	Gesellschafterfremdfinanzierung	653
§ 31	Erstattung verbotener Rückzahlungen	757
§ 32	Rückzahlung von Gewinn	777
§§ 32a und 32b	(weggefallen)	779
§ 33	Erwerb eigener Geschäftsanteile	779
§ 34	Einziehung von Geschäftsanteilen	793
Anhang zu § 34:	Ausschluss und Austritt von Gesellschaftern	815

Abschnitt 3: Vertretung und Geschäftsführung

§ 35	Vertretung der Gesellschaft	826
§ 35a	Angaben auf Geschäftsbriefen	909
§ 36	Zielgrößen und Fristen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern	917
§ 37	Beschränkungen der Vertretungsbefugnis	928
§ 38	Widerruf der Bestellung	952
§ 39	Anmeldung der Geschäftsführer	1005
§ 40	Liste der Gesellschafter, Verordnungsermächtigung	1015
§ 41	Buchführung	1036
§ 42	Bilanz	1040
§ 42a	Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichts	1056
§ 43	Haftung der Geschäftsführer	1070
§ 43a	Kreditgewährung aus Gesellschaftsvermögen	1120
§ 44	Stellvertreter von Geschäftsführern	1125
Vorbemerkung vor § 45		1127
§ 45	Rechte der Gesellschafter	1128
§ 46	Aufgabenkreis der Gesellschafter	1135
§ 47	Abstimmung	1154
Anhang zu § 47:	Fehlerhaftigkeit von Gesellschafterbeschlüssen	1166
§ 48	Gesellschafterversammlung	1262
§ 49	Einberufung der Versammlung	1273

§ 50	Minderheitsrechte	1277
§ 51	Form der Einberufung	1283
§ 51a	Auskunfts- und Einsichtsrecht	1291
§ 51b	Gerichtliche Entscheidung über das Auskunfts- und Einsichtsrecht	1300
§ 52	Aufsichtsrat	1301

Abschnitt 4: Abänderungen des Gesellschaftsvertrags

§ 53	Form der Satzungsänderung	1378
§ 54	Anmeldung und Eintragung der Satzungsänderung	1399
§ 55	Erhöhung des Stammkapitals	1416
§ 55a	Genehmigtes Kapital	1435
§ 56	Kapitalerhöhung mit Sacheinlagen	1453
§ 56a	Leistungen auf das neue Stammkapital	1471
§ 57	Anmeldung der Erhöhung	1485
§ 57a	Ablehnung der Eintragung	1499
§ 57b	(weggefallen)	1502
§ 57c	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	1502
§ 57d	Ausweisung von Kapital- und Gewinnrücklagen	1509
§ 57e	Zugrundelegung der letzten Jahresbilanz; Prüfung	1513
§ 57f	Anforderungen an die Bilanz	1513
§ 57g	Vorherige Bekanntgabe des Jahresabschlusses	1513
§ 57h	Arten der Kapitalerhöhung	1518
§ 57i	Anmeldung und Eintragung des Erhöhungsbeschlusses	1521
§ 57j	Verteilung der Geschäftsanteile	1527
§ 57k	Teilrechte; Ausübung der Rechte	1529
§ 57l	Teilnahme an der Erhöhung des Stammkapitals	1532
§ 57m	Verhältnis der Rechte; Beziehungen zu Dritten	1534
§ 57n	Gewinnbeteiligung der neuen Geschäftsanteile	1537
§ 57o	Anschaffungskosten	1540
§ 58	Herabsetzung des Stammkapitals	1542
§ 58a	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	1552
§ 58b	Beträge aus Rücklagenauflösung und Kapitalherabsetzung	1563
§ 58c	Nichteintritt angenommener Verluste	1567
§ 58d	Gewinnausschüttung	1570
§ 58e	Beschluss über die Kapitalherabsetzung	1575
§ 58f	Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Erhöhung des Stammkapitals	1579
§ 59	(weggefallen)	1582

Abschnitt 5: Auflösung und Nichtigkeit der Gesellschaft

§ 60	Auflösungsgründe	1583
Anhang I zu § 60:	Die GmbH in Krise und Insolvenz	1604

Anhang II zu § 60: Haftung für Zahlungen nach Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	1717
§ 61 Auflösung durch Urteil	1782
§ 62 Auflösung durch eine Verwaltungsbehörde	1788
§ 63 (weggefallen)	1791
§ 64 [aufgehoben] Haftung für Zahlungen nach Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	1791
§ 65 Anmeldung und Eintragung der Auflösung	1791
§ 66 Liquidatoren	1795
§ 67 Anmeldung der Liquidatoren	1812
§ 68 Zeichnung der Liquidatoren	1819
§ 69 Rechtsverhältnisse von Gesellschaft und Gesellschaftern	1825
§ 70 Aufgaben der Liquidatoren	1831
§ 71 Eröffnungsbilanz; Rechte und Pflichten	1841
§ 72 Vermögensverteilung	1858
§ 73 Sperrjahr	1864
§ 74 Schluss der Liquidation	1878
§ 75 Nichtigkeitsklage	1896
§ 76 Heilung von Mängeln durch Gesellschafterbeschluss	1918
§ 77 Wirkung der Nichtigkeit	1922

Abschnitt 6: Sondervorschriften bei Beteiligung des Bundes

§ 77a Besetzung von Organen bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes	1925
---	------

Abschnitt 7: Ordnungs-, Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 78 Anmeldepflichtige	1929
§ 79 Zwangsgelder	1932
§ 80 (weggefallen)	1934
§ 81 (weggefallen)	1934
§ 81a (aufgehoben)	1934
Vorbemerkung vor §§ 82 ff.	1934
§ 82 Falsche Angaben	1935
§ 83 (weggefallen)	1945
§ 84 Verletzung der Verlustanzeigepflicht	1945
§ 85 Verletzung der Geheimhaltungspflicht	1953
§ 86 Verletzung der Pflichten bei Abschlussprüfungen	1958
§ 87 Bußgeldvorschriften	1960
§ 88 Mitteilungen an die Abschlussprüferaufsichtsstelle	1964

Anlagen Musterprotokolle	1967
--------------------------------	------

Stichwortverzeichnis	1969
----------------------------	------

- 45 **b) Keinmann-GmbH.** Da nach § 1 wenigstens eine Person an der Gründung einer GmbH mitwirken muss, kann es eine „**Keinmanngründung**“ nicht geben. Jedoch könnten bestimmte Vorgänge theoretisch dazu führen, dass die GmbH alle Gesellschafter verliert, etwa beim Erwerb eigener Geschäftsanteile durch die Gesellschaft (§ 33), bei der Einziehung von Geschäftsanteilen (§ 34) oder bei der Kaduzierung von Geschäftsanteilen (§ 21). Ob das Entstehen einer solchen Keinmann-GmbH für zulässig erachtet werden kann u. wenn ja, unter welchen Voraussetzungen bzw. mit welchen Einschränkungen, wird in der Literatur **unterschiedlich beurteilt**.¹¹⁵ Die wohl herrschende Auffassung lehnt zwar die Möglichkeit einer Vereinigung aller Geschäftsanteile bei der GmbH nicht von vornherein ab, lässt diese aber nur als Übergangszustand zu, der zudem zu einer Auflösung der Gesellschaft führt, wobei nach erfolgter Übertragung eines Geschäftsanteils auf einen Gesellschafter dieser sodann die Fortsetzung der Gesellschaft beschließen kann.¹¹⁶

§ 2 Form des Gesellschaftsvertrags

(1) ¹Der Gesellschaftsvertrag bedarf notarieller Form. ²Er ist von sämtlichen Gesellschaftern zu unterzeichnen.

(1a) ¹Die Gesellschaft kann in einem vereinfachten Verfahren gegründet werden, wenn sie höchstens drei Gesellschafter und einen Geschäftsführer hat. ²Für die Gründung im vereinfachten Verfahren ist das in Anlage 1 bestimmte Musterprotokoll zu verwenden. ³Darüber hinaus dürfen keine vom Gesetz abweichenden Bestimmungen getroffen werden. ⁴Das Musterprotokoll gilt zugleich als Gesellschafterliste. ⁵Im Übrigen finden auf das Musterprotokoll die Vorschriften dieses Gesetzes über den Gesellschaftsvertrag entsprechende Anwendung.

(2) ¹Die Unterzeichnung durch Bevollmächtigte ist nur auf Grund einer notariell errichteten oder beglaubigten Vollmacht zulässig. ²Die notarielle Errichtung der Vollmacht kann auch mittels Videokommunikation gemäß den §§ 16a bis 16e des Beurkundungsgesetzes erfolgen.

(3) ¹Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrags kann auch mittels Videokommunikation gemäß den §§ 16a bis 16e des Beurkundungsgesetzes erfolgen, sofern andere Formvorschriften nicht entgegenstehen; dabei dürfen in den Gesellschaftsvertrag auch Verpflichtungen zur Abtretung von Geschäftsanteilen an der Gesellschaft aufgenommen werden. ²Im Fall der Beurkundung mittels Videokommunikation genügen abweichend von Absatz 1 Satz 2 für die Unterzeichnung die qualifizierten elektronischen Signaturen der mittels Videokommunikation an der Beurkundung teilnehmenden Gesellschafter. ³Sonstige Willenserklärungen, welche nicht der notariellen Form bedürfen, können mittels Videokommunikation gemäß den §§ 16a bis 16e des Beurkundungsgesetzes beurkundet werden; sie müssen in die nach Satz 1 errichtete elektronische Niederschrift aufgenommen werden. ⁴Satz 3 ist auf einstimmig gefasste Beschlüsse entsprechend anzuwenden. ⁵Die Gründung mittels

115 Eine Darstellung des Meinungsstandes gibt MüKoGmbHG/Fleischer Rn. 83 ff.

116 K Schmidt GesR § 33 V 2b; Rowedder/Pentz/Pentz § 33 Rn. 27.

Videokommunikation kann auch im Wege des vereinfachten Verfahrens nach Absatz 1a oder unter Verwendung der in Anlage 2 bestimmten Musterprotokolle erfolgen. Bei Verwendung der in Anlage 2 bestimmten Musterprotokolle gilt Absatz 1a Satz 3 bis 5 entsprechend.

Schrifttum

Bayer/Hoffmann/Schmidt, Satzungscomplexität und Mustersatzung, GmbHR 2007, 953; *Benke*, Auslandsbeurkundungen im GmbH-Recht: Anknüpfung und Substitution, RIW 2002, 280; *Dignas*, Die Auslandsbeurkundung im deutschen GmbH-Recht, GmbHR 2005, 139; *Dürr*, Die nach- bzw. nicht-bevollmächtigte Einpersonen-Gründung einer GmbH, GmbHR 2008, 408; *Fastrich*, Erste Erfahrungen mit der UG (haftungsbeschränkt), in: Gesellschaftsrecht in der Diskussion, 2010, S. 119; *Goette*, Auslandsbeurkundungen im Kapitalgesellschaftsrecht, DStR 1996, 709; *Heckschen*, Gründungsvereinfachungen nach dem MoMiG – Zweifelsfragen in der Praxis, DStR 2009, 166; *Heidinger/Blath*, Das Musterprotokoll – Mehr Fluch als Segen?, ZNotP 2010, 376 u. 402; *Herrler/König*, Praxisfragen des Musterprotokolls unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen instanzgerichtlichen Rechtsprechung, DStR 2010, 2138; *Katschinski/Rawert*, Stangenware versus Maßanzug: Vertragsgestaltung im GmbH-Recht nach Inkrafttreten des MoMiG, ZIP 2008, 1993; *König/Bormann*, Die Reform des Rechts der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, DNotZ 2008, 652; *Noack*, Gesellschaftervereinbarungen bei Kapitalgesellschaften, 1994, S. 80; *Paschke*, Die fehlerhafte Korporation, ZHR 155 (1991), 1; *Priester*, Das Gesellschaftsverhältnis im Vorgründungsstadium – Einheit oder Dualismus?, GmbHR 1995, 481; *Reinicke*, Die Formbedürftigkeit einer Vollmacht zum Abschluss eines GmbH-Vorvertrages, NJW 1969, 1830; *Römermann*, Die vereinfachte Gründung mittels Musterprotokoll, GmbHR Sonderheft Oktober 2008, 16; *C. Schäfer*, Die Lehre vom fehlerhaften Verband, 2002; *Schürnbrand*, Die Ausübung von Gesellschafterrechten in der GmbH durch Erbengemeinschaften, NZG 2016, 241; *Šikora/Regler/Tiedtke*, Die Auswirkungen des MoMiG auf die Notarkosten, MittBayNot 2008, 437; *Sommer/Weitbrecht*, Salvatorische Klauseln in GmbH-Verträgen, GmbHR 1991, 449; *Tonikidis*, Die Gründung einer Einpersonen-GmbH durch einen vollmachtlosen Stellvertreter, MittBayNot 2014, 514; *Wachter*, Vertretungsfragen bei der Gründung einer Einpersonen-GmbH, GmbHR 2003, 660; *Wälzholz*, Das MoMiG kommt: Ein Überblick über die neuen Regelungen, GmbHR 2008, 841; *Wälzholz*, Die Reform des GmbH-Rechts, MittBayNot 2008, 425; *Weigl*, Die Geschäftsführerbestellung im Musterprotokoll gemäß „MoMiG“ und Änderungen der Bestellung und Vertretung, Notar 2008, 378; *Wicke*, Die Bedeutung der öffentlichen Beurkundung im GmbH-Recht, ZIP 2006, 977; *Wicke*, Abweichungen und Änderungen beim Musterprotokoll gemäß § 2 Abs. 1a GmbHG, DNotZ 2012, 15; *Wiedemann*, Die Auslegung von Satzungen und Gesellschaftsverträgen, DNotZ Sonderheft 1977, 99.

I. Normzweck	1
II. Gesellschaftsvertrag	4
1. Funktion	4
2. Rechtsnatur	5
a) Allgemeines	6
b) Einpersonen-GmbH	8
3. Inhalt	9
4. Auslegung	10
a) Körperschaftliche Bestimmungen	11
b) Individualrechtliche Bestimmungen	12
III. Form und Abschluss des Gesellschaftsvertrags (Abs. 1)	13
1. Notarielle Beurkundung ..	13
a) Zuständigkeit	14
b) Verfahren	16
c) Ausländischer Notar ..	20

d) Umfang der Beurkundungspflicht	21
2. Änderungen	22
3. Formmängel	23
IV. Vollmacht und Vertretung (Abs. 2)	24
1. Vollmacht	24
2. Sonstige Vertretung	32
V. Online-Gründung (Abs. 3) ...	33
1. Allgemeines	33
2. Anwendungsbereich	34
3. Online-Gründung mittels Musterprotokolls (Abs. 3 S. 5 und 6)	38
4. Beurkundungsverfahren ..	39
5. Rechtsfolge bei Verstoß gegen Abs. 3	40

VI. Mängel des Gesellschaftsvertrages oder der Beitrittserklärung	41	Anlage 1	66
1. Mängel des Gesellschaftsvertrages	41	[Musterprotokolle]	66
a) Errichtete, aber noch nicht eingetragene und noch nicht in Vollzug gesetzte GmbH	42	a) Musterprotokoll für die Gründung einer Einpersonengesellschaft	66
b) Errichtete, noch nicht eingetragene, jedoch bereits in Vollzug gesetzte GmbH	43	b) Musterprotokoll für die Gründung einer Mehrpersonengesellschaft mit bis zu drei Gesellschaftern	67
c) Eingetragene GmbH ..	44	Anlage 2	68
2. Mängel der Beitrittserklärung	45	[Musterprotokolle für die Gründung mittels Videokommunikation]	68
VII. Vorvertrag	49	a) Musterprotokoll für die Gründung einer Einpersonengesellschaft mittels Videokommunikation	68
VIII. Vereinfachtes Gründungsverfahren (Abs. 1a)	52	b) Musterprotokoll für die Gründung einer Mehrpersonengesellschaft mittels Videokommunikation	69
1. Allgemeines	52	Anhang zu § 2: Mustergesellschaftsvertrag	70
2. Voraussetzungen	54		
3. Einzelheiten des Musterprotokolls	57		
4. Keine abweichenden Bestimmungen	62		
5. Stellungnahme	64		
IX. Kosten	65		

I. Normzweck

- § 2 erklärt zum einen den Gesellschaftsvertrag zur Grundlage der Gründung u. des Bestehens einer GmbH u. bestimmt zum anderen die formellen Voraussetzungen für seinen Abschluss u. damit für die Errichtung einer GmbH: Der Gesellschaftsvertrag ist notariell zu beurkunden u. von allen Gesellschaftern zu unterzeichnen (Abs. 1). Der Abschluss des Gesellschaftsvertrages durch Bevollmächtigte ist zulässig, wobei die Vollmacht hierbei der notariell beurkundeten oder beglaubigten Form bedarf (Abs. 2). Abs. 1a sieht die Möglichkeit der Gründung einer GmbH in einem vereinfachten Verfahren vor. Durch das DiRUG ist in Abs. 3 erstmals – beschränkt auf den Fall der Bargründung – eine Gründung durch Beurkundung mittels Videokommunikation geschaffen (→ Rn. 33 ff.).
- Die Gründung einer GmbH vollzieht sich in mehreren Schritten: Mit wirksamem Abschluss des Gesellschaftsvertrages in notariell beurkundeter Form ist die Gesellschaft errichtet (zur terminologischen Unterscheidung zwischen „Errichtung“ u. „Gründung“ → § 1 Rn. 2) u. damit als sog. Vorgesellschaft oder Vor-GmbH in bereits eigener Rechtssubjektivität existent (zur Vor-GmbH → § 11 Rn. 3 ff.). Mit oder nach der Errichtung der Gesellschaft sind durch Beschluss der Gründungsgesellschafter ein oder mehrere Geschäftsführer zu bestellen (§ 6). Sodann haben die Gründungsgesellschafter ihre auf die von ihnen übernommenen Geschäftsanteile zu bewirkenden Einlagen an die Gesellschaft zu leisten (§ 7 II u. III). Danach ist die Gesellschaft durch den oder die Geschäftsführer beim Handelsregister zur Eintragung anzumelden (§§ 7 u. 8). Das Registergericht trägt die Gesellschaft nach positiver Prüfung

der Anmeldung in das Handelsregister ein (§ 10), womit die GmbH als juristische Person entsteht (§ 11).

Neben dem vorstehend beschriebenen Gründungsvorgang – sei es in Präsenz oder mittels Videokommunikation – kann eine GmbH auch noch auf andere Weise zur Entstehung gelangen, so etwa nach dem UmwG durch Spaltung zur Neugründung, Verschmelzung durch Neugründung oder Formwechsel. Hierbei stellen die umwandlungsrechtlichen Vorschriften den Formerfordernissen des § 2 entspr. Vorgaben auf.¹

II. Gesellschaftsvertrag

1. Funktion. Dem in § 2 genannten Gesellschaftsvertrag kommt eine „**Doppelfunktion**“ zu:² So ist er zum einen das **Errichtungsgeschäft** der GmbH, also die Vereinbarung ihrer Gründer bzw. die Erklärung ihres Einpersonengründers über die Errichtung der Gesellschaft, mit welcher die bzw. der Gründer schuldrechtlich verpflichtet werden, ihre Einlagen zu leisten u. die Gesellschaft entstehen zu lassen.³ Zum anderen aber bildet der Gesellschaftsvertrag die Grundlage der durch die Handelsregistereintragung entstandenen eigenständigen juristischen Person in Gestalt ihres **körperschaftlichen Statuts** (idS gemeinhin auch als „**Satzung**“ bezeichnet), mit welcher ihre Beziehungen zu den Gesellschaftern u. die Rechtsstellung ihrer Organe geregelt werden.⁴ Die Satzungsregelungen wirken insofern über die an der Errichtung Beteiligten hinaus u. sind als Verfassung der Gesellschaft auch für künftige Mitglieder bindend u. haben außerdem auch für den allg. Rechtsverkehr Bedeutung.⁵ Diese beiden Funktionen des Gesellschaftsvertrages weisen im zeitlichen Ablauf der Gründung u. des Bestehens einer GmbH unterschiedliche Gewichtung auf. So hat nach der Errichtung der Gesellschaft bis zu ihrer Eintragung das Errichtungsgeschäft mit seinen den oder die Gründer bindenden schuldrechtlichen Verpflichtungen, die Einlagen zu leisten u. die Gesellschaft durch Handelsregistereintragung zur Existenz zu bringen, ein für diesen Zeitraum größeres Gewicht als das ebenso nach außen hin wirkende körperschaftliche Statut (wenngleich dieses auch bereits die Grundlage für die Organisation u. das Handeln der Vor-GmbH bildet → § 11 Rn. 4 ff.). Mit Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister sind diese auf den Abschluss der Gründung gerichteten Verpflichtungen des oder der Gründer erfüllt, womit sich der Gesellschaftsvertrag gleichsam verselbstständigt⁶ u. in erster Linie seine organisationsrechtlichen Wirkungen entfaltet.

2. Rechtsnatur. Die Erörterung der Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages bedarf zunächst einer allg. Betrachtung u. sodann eines besonderen Eingehens auf die Einpersonen-GmbH.

1 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 2; Altmeppen Rn. 3.

2 So MüKoGmbHG/Heinze Rn. 4; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 32; Scholz/Cramer Rn. 3; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 3.

3 Altmeppen Rn. 4.

4 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 3; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 4.

5 Wicke Rn. 2.

6 So auch MüKoGmbHG/Heinze Rn. 4.

- 6 a) **Allgemeines.** Die Frage nach der Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages wird nach wie vor unterschiedlich u. **strittig** beantwortet,⁷ was letztlich Ausdruck seiner vorstehend beschriebenen doppelten Funktionalität ist. IW stehen sich hier 3 Auffassungen ggü.: Die sog. **Vertragstheorie** sieht den Gesellschaftsvertrag als normalen schuldrechtlichen Vertrag, auf den die Regelungen des BGB über Schuldverträge ohne weitere Modifizierungen anwendbar sind.⁸ Nach der sog. **Normentheorie** ist der Gesellschaftsvertrag als objektives, also ggü. jedermann geltendes Recht zu qualifizieren, welches die Gründer mit Errichtung der Gesellschaft kraft staatlicher Delegation schaffen.⁹ Zwischen diesen beiden Meinungen vermittelnd ist die va von der Rspr. vertretene sog. **modifizierte Normentheorie** der Ansicht, dass der Gesellschaftsvertrag bei seinem Abschlussvorgang, also bei Errichtung der Gesellschaft, den allg. rechtsgeschäftlichen Regeln unterliegt, er jedoch ab Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister wie objektives Recht zu behandeln ist.¹⁰
- 7 Der vorstehend dargestellte Streit über die dogmatische Einordnung der Rechtsnatur des Gesellschaftsvertrages mutet aus dem Blickwinkel der Praxis insofern etwas sonderbar an, als sich die unterschiedlichen Theorien über die Lösung der diversen Einzelprobleme eigentlich weitgehend einig sind:¹¹ Der Gesellschaftsvertrag ist auf jeden Fall ein **Rechtsgeschäft**, so dass die allg. Vorschriften des BGB über Rechtsgeschäfte Anwendung finden.¹² Dies gilt für die Regelungen über **Willenserklärungen** (§§ 105 ff. u. 116 ff. BGB) sowie über den Abschluss von **Verträgen** (§§ 145 ff. BGB).¹³ Zwar begründet der Gesellschaftsvertrag für die Gesellschafter schuldrechtliche Verpflichtungen, doch sind diese nicht auf den Austausch von Leistungen gerichtet, so dass die §§ 320 ff. BGB nicht anwendbar sind, insbes. kein Zurückbehaltungsrecht eines Gesellschafters aus § 320 BGB besteht, wenn ein anderer Gesellschafter seine Leistung nicht erbringt.¹⁴ Diese weitgehend übereinstimmend vertretene Handhabung iVm der dem Gesellschaftsvertrag eigentümlichen doppelten Funktionalität (→ Rn. 4) lässt sich in dogmatischer Hinsicht am überzeugendsten u. ohne innere Widersprüche auf der Grundlage der modifizierten Normentheorie erklären, wonach der Gesellschaftsvertrag als besonderer **Organisationsvertrag** zu begreifen ist.¹⁵

7 Einen ausführlichen Überblick über den Streitstand geben MüKoGmbHG/Hei Rn. 5 ff.; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 33; Scholz/Cramer Rn. 5 f.

8 Flume BGB AT I 2 § 9 I; K Schmidt GesR § 5 I 1; Lutter AcP 180 (80), 95, 97.

9 v. Gierke Genossenschaftstheorie S. 132 ff.; Meyer-Cording Vereinsstrafe S. 43, 46 ff.

10 RGZ 165, 143 f.; BGHZ 21, 370, 373 ff.; 47, 172, 179 f.; OLG Frankfurt WM 85, 1466, 1468.

11 Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 33; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 98.

12 Altmeyers Rn. 4; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 6; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 35.

13 Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt 2 Rn. 35; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 6; Altmeyers Rn. 10.

14 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 6; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 35; Scholz/Cramer Rn. 6.

15 Ebenso MüKoGmbHG/Heinze Rn. 9; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 34.

b) Einpersonen-GmbH. Die Gründung einer Einpersonen-GmbH kann bereits rein begriffslogisch nicht durch einen Vertragsschluss im terminologisch zwingenden Sinne einer Vereinbarung zwischen mehreren Personen geschehen. Vielmehr handelt es sich bei der Errichtung einer Einpersonen-GmbH um ein **einseitiges Rechtsgeschäft**. Der Gesellschaftsvertrag gelangt hier durch eine **einseitige, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung** des Gründers zur Entstehung. Dem Organisationsvertrag bei der Mehrpersonen-GmbH entspricht hier als Gründungsvorgang ein einseitiger **Organisationsakt**.¹⁶ Auf die Errichtung sind die Vorschriften des BGB über einseitige Rechtsgeschäfte anwendbar.¹⁷ Nach Eintragung der GmbH in das Handelsregister ist auch der Gesellschaftsvertrag der Einpersonen-GmbH wie objektives Recht zu behandeln.¹⁸

3. Inhalt. Der Mindestinhalt des Gesellschaftsvertrags wird durch § 3 I vorgegeben. Die durch diese Vorschrift zwingend in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmenden Bestimmungen werden daher auch als **obligatorische** oder **notwendige Regelungen** bezeichnet (→ § 3 Rn. 3). IÜ besteht **Vertragsfreiheit** (§ 311 I BGB), so dass die Gesellschafter die Regelungen des Gesellschaftsvertrages durch Aufnahme **fakultativer** oder **freiwilliger Bestimmungen** (→ § 3 Rn. 3) auf ihre individuellen Bedürfnisse zuschneiden können.¹⁹ Die Gesellschafter sind damit frei zu entscheiden, ob u. welche weiteren organisationsrechtlichen Regelungen sie über den Mindestinhalt hinaus in die Satzung mit aufnehmen möchten. Unter diesen organisationsrechtlichen Regelungen versteht man diejenigen Satzungsbestimmungen, welche für einen unbestimmten Personenkreis, nämlich für die derzeitigen, aber auch für die künftigen Gesellschafter gelten u. in erster Linie die Identität der Gesellschaft (Firma, Sitz, Gegenstand), ihre Kapitalausstattung, ihre Rechtsverhältnisse nach außen u. das Verhältnisse der Gesellschaftsorgane untereinander regeln.²⁰ Diese Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, welche die eigentliche Verfassung der Gesellschaft darstellen,²¹ werden auch **materielle** oder **echte** oder **korporative Satzungsbestandteile** genannt.²² Die solchermaßen materiellen Satzungsbestimmungen können nur nach den Regelungen über die Satzungsänderung in den §§ 53 ff. abgeändert werden.²³ Darüber hinaus kann der Gesellschaftsvertrag aber auch Regelungen enthalten, die lediglich schuldrechtliche Individualvereinbarungen einzelner oder mehrerer oder aller Gesellschafter sind u. damit auch außerhalb des Gesellschaftsvertrages getroffen werden könnten. Diese Regelungen werden zumeist als **unechte** oder **formelle** oder **nichtkorporative Satzungsbestandteile** bezeichnet.²⁴ Im Einzelfall kann sich die Abgrenzung zwischen mate-

16 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 7.

17 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 7.

18 Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 36; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 11.

19 Scholz/Scheller § 3 Rn. 2.

20 BGHZ 116, 359, 362; NJW-RR 93, 607; Altmeyen Rn. 5; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 39.

21 MüKoGmbHG/Heinze Rn. 15.

22 Wicke DNotZ 06, 419 ff.; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 39; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 14.

23 Altmeyen Rn. 7.

24 Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 17; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 40; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 16.

riellen u. nur formellen Satzungsbestandteilen als sehr schwierig gestalten (→ § 3 Rn. 3 f.).

- 10 **4. Auslegung.** Bei der Frage nach den Grundsätzen für die Auslegung des Gesellschaftsvertrages ist wiederum nach der Doppelfunktion zu differenzieren, welche dem Gesellschaftsvertrag zu eigen ist (→ Rn. 4), also nach seinen körperschaftlichen Bestimmungen einerseits u. nach seinen individualrechtlichen Bestimmungen andererseits.²⁵
- 11 **a) Körperschaftliche Bestimmungen.** Die körperschaftlichen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages sind nach außen wirkende, sich an einen unbestimmten Personenkreis richtende Regelungen u. folglich objektives Recht.²⁶ Damit sind sie auch nur einer **objektiven „normenähnlichen“**²⁷ **Auslegung** aus sich selbst heraus u. auf der Grundlage allg. zugänglicher Unterlagen zugänglich.²⁸ Es gelten hierbei die gleichen Grundsätze wie bei der Auslegung von Gesetzen.²⁹ Ausgangspunkt ist der Wortlaut der körperschaftlichen Satzungsbestimmung.³⁰ Daneben sind der Sinnzusammenhang der Regelung u. ihr erkennbarer Zweck von Bedeutung.³¹ Nicht allg. erkennbare Umstände, wie etwa Wille, Vorstellungen u. Erwägungen der Gesellschafter können nicht herangezogen werden,³² da die Auslegung körperschaftlicher Bestimmungen nicht zu unterschiedlichen Ergebnissen führen darf, sondern für alle Beteiligten einheitlich u. gleichmäßig erfolgen muss.³³ Die körperschaftlichen Satzungsbestimmungen unterliegen damit auch einer **uneingeschränkten Überprüfung durch das Revisionsgericht**.³⁴
- 12 **b) Individualrechtliche Bestimmungen.** Die individualrechtlichen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, also zum einen die schuldrechtlichen Vereinbarungen der Gründer betr. ihre wechselseitigen Verpflichtungen, die Einlagen zu leisten u. die Gesellschaft durch Handelsregistereintragung zur Existenz zu bringen (→ Rn. 4), u. zum anderen die formellen, nicht korporationsrechtlichen Satzungsbestimmungen (→ Rn. 9) unterliegen ohne Einschränkungen den **allg. Regeln der Vertragsauslegung aus §§ 133, 157 BGB** unter Heranziehung aller verfügbarer Quellen.³⁵ Die **revisionsgerichtliche Nachprüfbarkeit** ist hier auf die Verletzung von Gesetz oder allg. anerkannten Auslegungsregeln **beschränkt**.³⁶

25 So insbes. die Rspr. des BGH: BGHZ 14, 25; 18, 205; 36, 296; 123, 347. S. auch den jeweils ausf. Überblick bei Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 81 ff.; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 184 ff.

26 Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 19.

27 So Scholz/Emmerich, 11. Aufl., Rn. 35.

28 BGH NZG 11, 1420; OLG Hamm ZIP 15, 971.

29 BGH NJW 69, 131; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 31; Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 19.

30 Scholz/Cramer Rn. 41; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 31.

31 Scholz/Cramer Rn. 41.

32 BGHZ 123, 347, 350; Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 19.

33 BGHZ 14, 26, 36 f.; 36, 296, 315.

34 BGH NZG 11, 1420; BGHZ 9, 281; 15, 328; 48, 144; 116, 359, 364; Wicke Rn. 4; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 31.

35 BGHZ 14, 26, 36 f.; 36, 296, 315; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 184; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 32; Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 20.

36 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 32.

III. Form und Abschluss des Gesellschaftsvertrags (Abs. 1)

1. Notarielle Beurkundung. Gem. Abs. 1 bedarf der Gesellschaftsvertrag der notariellen Beurkundung u. der Unterzeichnung durch alle Gesellschafter. **Zweck des Formgebotes**³⁷ ist zum einen der Schutz des Rechtsverkehrs durch die mit der notariellen Beurkundung geschaffenen **Rechtssicherheit**.³⁸ Daneben dient die notarielle Beurkundung aber auch **individualschutzrechtlichen Zwecken**. So nimmt sie zum einen eine **Warnfunktion** dergestalt wahr, dass den Gründern die Bedeutsamkeit ihrer Willenserklärungen durch die notarielle Belehrung bewusst gemacht wird u. sie dadurch vor übereilten Entscheidungen geschützt werden.³⁹ Zum anderen soll die notarielle Beurkundung eine **materielle Richtigkeitsgewähr** bewirken, also die Sicherheit, dass der abgeschlossene Gesellschaftsvertrag dem geltenden Recht entspricht,⁴⁰ u. eine juristische Beratung durch einen neutralen Sachkenner sicherstellen.⁴¹ Vereinzelt Stimmen im Schrifttum zweifeln diese Zwecke (u. damit wohl auch die Rechtfertigung) der notariellen Beurkundung mit der Begründung an, die Gesellschafter könnten auf die Belehrung durch den Notar verzichten, so dass die Richtigkeitsgewähr der Beurkundung nur beschränkte Wirkung habe.⁴² Diese Meinung geht allerdings bereits insofern fehl, als ihr Begründungsansatz schlichtweg falsch ist. Die Belehrung über die rechtliche Tragweite des beurkundeten Rechtsgeschäfts gehört nach § 17 I 1 BeurkG zu den Kardinalspflichten des Notars u. seiner Tätigkeit u. ist als solche auch nicht seitens der Beteiligten verzichtbar.⁴³

a) Zuständigkeit. Ausschließlich zuständig für die Beurkundung sind im Inland die **Notare**. Nach § 127a BGB kann die notarielle Beurkundung durch einen gerichtlichen Vergleich ersetzt werden, wenn die Erklärungen in ein nach den Vorschriften der ZPO errichtetes Protokoll aufgenommen werden.⁴⁴ Ein Vergleich im Schiedsverfahren nach § 1053 III ZPO genügt dem Formerfordernis nicht, wenn dadurch die notarielle Form umgangen werden soll.⁴⁵ Im **Ausland** sind für die Beurkundung die **deutschen Konsularbeamten** zuständig (§ 10 KonsularG).⁴⁶

In **örtlicher Hinsicht** gibt § 10a II BNotO Vorgaben für das Tätigwerden des Notars. Danach soll der Notar seine Urkundstätigkeit grds. nur innerhalb seines Amtsbereichs ausüben. Eine Überschreitung des örtlichen Zuständigkeitsbereichs durch den Notar macht die Beurkundung jedoch nicht unwirksam (§ 11 III BNotO, § 2 BeurkG), sofern sie nur im Inland erfolgt. Nimmt

37 Eine sehr ausf. Darstellung der Zwecke des Formgebotes gibt MüKoGmbHG/Heinze Rn. 21 ff.

38 RGZ 66, 116, 121; 149, 385, 395; Altmeppen Rn. 16; Scholz/Cramer Rn. 10.

39 MüKoGmbHG/Heinze Rn. 23.

40 BGHZ 105, 324, 338; NJW-RR 88, 288; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 45.

41 Wicke Rn. 5.

42 So Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 45; die Belehrungspflicht verzichtbar erachtet auch Scholz/Emmerich, 11. Aufl., Rn. 13.

43 S. nur Winkler BeurkG § 17 Rn. 224; so auch Scholz/Cramer Rn. 10.

44 MüKoGmbHG/Heinze Rn. 28.

45 OLG München GmbHR 05, 1568.

46 KonsularG v. 11.9.74, BGBl. I, S. 2317.

dag, ein deutscher Notar eine Beurkundung im Ausland vor, so ist diese nichtig.⁴⁷

- 16 **b) Verfahren.** Rechtliche Grundlage für das bei der notariellen Beurkundung einzuhaltende Verfahren bilden die §§ 6 ff. BeurkG, die Vorschriften über die **Beurkundung von Willenserklärungen**. Danach ist über den gesamten Gesellschaftsvertrag eine **notarielle Niederschrift** anzufertigen, die den bei dem Beurkundungsverfahren Anwesenden in Gegenwart des Notars **vorgelesen**, von ihnen **genehmigt** u. von ihnen u. dem Notar **eigenhändig unterschrieben** werden muss (§§ 9, 13 BeurkG).⁴⁸ In der Praxis hat sich eingebürgert, die eigentliche Satzung der Gesellschaft dem notariellen Gründungsprotokoll, welches iÜ die Gründungserklärungen sowie die Übernahme der Geschäftsanteile u. ggf. die Geschäftsführerbestellung enthält, als Anlage beizufügen, um die sich aus § 54 ergebende Pflicht zur Einreichung eines vollständigen neuen Satzungswortlautes bei späteren Satzungsänderungen besser handhaben zu können. Die Bestimmungen in der Anlage werden durch die Verweisung im „Urkundsmantel“ zum Bestandteil der notariellen Niederschrift (§ 9 I 2 BeurkG).⁴⁹ Eine gesonderte Unterzeichnung der Anlage durch die am Beurkundungsverfahren Beteiligten ist hierbei nicht erforderlich.
- 17 Die Beurkundung des Gesellschaftsvertrages kann auch in einer **anderen als der deutschen Sprache** vorgenommen werden, wenn der Notar dieser fremden Sprache hinreichend kundig ist (§ 5 II 2 BeurkG). Allerdings muss in einem solchen Fall der Anmeldung der Gesellschaft beim Handelsregister eine deutsche Übersetzung durch einen öffentlich bestellten Übersetzer beigefügt werden, da die Gerichtssprache Deutsch ist.⁵⁰
- 18 **Abs. 1 S. 2** verlangt, dass der Gesellschaftsvertrag von sämtlichen Gesellschaftern zu unterzeichnen ist. Dies bedeutet jedoch **nicht**, dass seine Beurkundung bei **gleichzeitiger Anwesenheit** aller Gesellschafter zu erfolgen hat.⁵¹ Es reicht vielmehr aus, dass jeder Gründer den Gesellschaftsvertrag iS inhaltlich übereinstimmender Willenserklärungen (sog. Beitrittserklärungen) beurkunden lässt, u. sei es auch in getrennten Beurkundungsverhandlungen, ggf. bei verschiedenen Notaren.⁵² Ein Zugang der durch den Notar beurkundeten Willenserklärungen an die anderen Mitgründer ist nicht erforderlich.⁵³ Der Gesellschaftsvertrag kommt mit der Beurkundung der letzten Willenserklärung eines Gründers zustande.⁵⁴
- 19 Auch bei getrennten Beurkundungen liegt ein **einheitliches Rechtsgeschäft** zwischen allen Gesellschaftern vor, die auch sämtlich in dem Gesellschaftsvertrag eine Stammeinlage zu übernehmen haben (§ 3 I Nr. 4) – sog. **Ein-**

47 BGHZ 138, 359, 362; Scholz/Cramer Rn. 14; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 29.

48 MüKoGmbHG/Heinze Rn. 31.

49 Winkler BeurkG § 9 Rn. 56; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 32.

50 LG Düsseldorf GmbHR 99, 609; Wicke Rn. 5; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 32.

51 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 10; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 51; Scholz/Cramer Rn. 23.

52 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 10; Scholz/Cramer Rn. 23.

53 Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 51; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 33.

54 MüKoGmbHG/Heinze Rn. 33.

heitsgründung.⁵⁵ Eine **Stufengründung** dergestalt, dass zunächst der Gesellschaftsvertrag durch einen oder mehrere Gründer festgestellt wird u. sodann andere Gesellschafter nach Errichtung der Gesellschaft im Gründungsstadium durch Beitrittserklärung weitere Geschäftsanteile übernehmen, ist **nicht möglich**.⁵⁶

c) Ausländischer Notar. Die Frage, ob auch ein ausländischer Notar wirksam die Errichtung einer deutschen GmbH beurkunden kann, wird unterschiedlich u. **strittig** beantwortet. Nach hM genügt bei **statusrelevanten gesellschaftsrechtlichen Vorgängen** wie Gründung, Satzungsänderung u. Umwandlung die Wahrung der **Ortsform** gem. Art. 11 I Alt 2 EGBGB **nicht**.⁵⁷ Dies bedeutet jedoch nicht, dass damit die Beurkundung durch einen ausländischen Notar von vornherein ausgeschlossen ist. Vielmehr lässt die hM die Beurkundung der Errichtung einer deutschen GmbH durch einen ausländischen Notar dann zu, wenn diese Beurkundung einer solchen durch einen deutschen Notar **gleichwertig** ist, weil die ausländische Urkundsperson nach Vorbildung u. Stellung im Rechtsleben eine der Tätigkeit des deutschen Notars entspr. Funktion ausübt u. ein in den Grundsätzen dem deutschen entspr. Beurkundungsrecht anwendet.⁵⁸ Eine solche Gleichwertigkeit wird etwa bejaht für Notare in Zürich u. Basel, für österreichische u. niederländische Notare sowie für weite Teile des sog. lateinischen Notariats (Italien, Spanien, Frankreich, Belgien).⁵⁹ Es mehren sich allerdings die **krit. Stimmen**, welche die hM **zu Recht ablehnen** u. hierbei insbes. ins Feld führen, dass das von ihnen vertretene Gleichwertigkeitskriterium der Bedeutung u. Vielfalt der Zwecke des notariellen Formgebotes nicht gerecht werde.⁶⁰ Auch einige Instanzgerichte haben eine Gleichwertigkeit der Beurkundung durch einen ausländischen Notar verneint.⁶¹ Es wird sich daher in der Praxis bereits aus reinen Vorsichtsgründen empfehlen, die Beurkundung des Gesellschaftsvertrages durch einen deutschen Notar vornehmen zu lassen.

d) Umfang der Beurkundungspflicht. Es ist der **gesamte Gesellschaftsvertrag** zu beurkunden, also nicht nur die nach § 3 I **obligatorischen Regelungen**, sondern auch die nur **fakultativen Bestimmungen**⁶² (zu diesen Begrifflichkeiten → Rn. 9 u. → § 3 Rn. 3). Nach hM werden von dieser Beurkundungspflicht jedoch nur diejenigen fakultativen Bestimmungen erfasst, die entweder unter § 3 II fallen oder **körperschaftsrechtliche Wirkungen**,

55 Scholz/Cramer Rn. 23.

56 Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 11.

57 Kindler AG 07, 725; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 9; Altmeppen Rn. 19; Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 27; Goette FS Boujong, 96, 131, 137 ff.; aA OLG Düsseldorf NJW 89, 2200.

58 BGHZ 80, 76, 78 f.; OLG München GmbHR 98, 46; OLG Düsseldorf NJW 89, 2200; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 9; Altmeppen Rn. 20; Scholz/Cramer Rn. 17.

59 BGHZ 80, 76; OLG München GmbHR 98, 46; OLG Düsseldorf NJW 89, 2200; Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 63; Scholz/Cramer Rn. 17.

60 Lutter/Hommelhoff/Bayer Rn. 28 f.; MüKoGmbHG/Heinze Rn. 51 ff.; Scholz/Cramer Rn. 19; Goette DStR 96, 709 ff.; Heckschen DB 90, 161 ff.

61 LG Augsburg DB 96, 1666; AG Köln DB 89, 2423.

62 Michalski/Heidinger/Leible/Schmidt/J. Schmidt Rn. 46; Noack/Servatius/Haas/Servatius Rn. 12; Scholz/Cramer Rn. 12.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

Abandon **27** 1 ff.

Abberufung

– deklaratorische Wirkung **66** 40

– Insolvenzantragspflicht

Anh. 60 I 155 ff.

– Quorum **66** 41

Abberufung des Geschäftsführers

– wichtiger Grund **41** 10

Abberufung des Liquidators **66** 25

– durch gerichtliche Entscheidung **66** 41 ff.

– durch Gesellschafterbeschluss **66** 43 ff.

Abfindungsanspruch **34** 38 ff.

– Ausschluss **34** 44

– Auszahlungsmodalitäten **34** 45

– bei Umwandlung **33** 28

– Beschränkung **34** 42 ff.

– Bilanzierung **34** 40

– Fälligkeit **34** 40

– Höhe **34** 41 ff.

– Verkehrswert **34** 41

Abfindungsbeschränkung **34** 42 ff.

– Gläubigerinteressen **34** 50

– Gleichbehandlungsgrundsatz **34** 49

– Schranken **34** 43 ff.

– Sittenwidrigkeit **34** 44 ff.

Abfindungsregelung **34** 42 ff.

– Anfechtbarkeit **34** 52

– fehlende **34** 38

– Heilung der Nichtigkeit **34** 52

– Nichtigkeit **34** 52 f.

– Unanwendbarkeit **34** 48

Abhängigkeit **13** 31 ff.

Abhängigkeitsbegründung **13** 62 ff.

Abhängigkeitsbericht **13** 82 f.

Abrechnungsperiode **71** 35

Abschlussprüfer

– Aufsichtsstelle **88** 1 ff.

– Ordnungswidrigkeit **87** 1 ff.

– Pflichtverletzung **86** 1 ff.

– strafrechtliche Sanktion **86** 1 ff.

Abschlussprüfung

– Befreiung von Prüfungspflicht **71** 47 ff.

– Liquidation **71** 46 ff.

Abstimmung

– Vertreter **47** 16

Abstimmungsergebnis **Anh. 47** 5, 7

Abstimmungsmangel

– sittenwidrige Beeinflussung

Anh. 47 60

Abtretung

– Einlageforderung **19** 42

– künftiger Geschäftsanteil **15** 5

Abtretung des Gewinnanspruchs

– Einwendungsberechtigung **32** 4

– guter Glaube **32** 6

Abtretung eines Geschäftsanteils

– Abtretungsklausel **15** 18

– Abtretungsvertrag **15** 52 ff.

– Änderung **15** 38

– Bedingungen **15** 55 ff.

– Bestimmtheit **15** 59 f.

– Beurkundung **15** 37 ff.

– Beurkundung durch ausländischen Notar **15** 65 ff., 70

– Beurkundungsverfahren **15** 61

– Formmangel **15** 42 ff., 63

– Gesellschaftsstatut **15** 68

– gesellschaftsvertragliche Abtretungers schwerungen **15** 71 ff.

– Heilung **15** 43 ff.

– künftiger Geschäftsanteil **15** 54

– Nachfolgeklausel **15** 12, 16 ff.

– Schuldvertragsstatut **15** 67

– Verpflichtung **15** 18, 26 ff.

– Verpflichtungsvertrag **15** 23 ff.

– Vinkulierung **15** 12, 71 ff.

– Vollmacht **15** 39

– Vorkaufsrecht **15** 28

– Wirkung **15** 62

– Zustimmung **15** 72, 78 ff.

Abtretungsverpflichtung **15** 26 ff.

– Aufhebung **15** 33

Abweisung mangels Masse

- Insolvenzantragspflicht

Anh. 60 I 162 f.

actio pro socio **13** 72 ff., **46** 47

- Ansprüche aus Drittgeschäft **13** 77

- Ansprüche aus Mitgliedschafts-
verhältnis **13** 75 ff.

- Anwendungsbereich **13** 75 ff.

- eigenes Recht **13** 73

- Geschäftsführerhaftung **13** 76

- Haftung nach § 31 **13** 76

- Minderheitenschutz **13** 72

- Prozesskostenrisiko **13** 79

- Prozessstandschaft **13** 73

- Rechtsnatur **13** 73 f.

- Subsidiarität **13** 74, 78

- Treuepflicht **13** 76

- Verhältnis zur Anfechtungsklage **13** 78

- Verhältnis zur Beschlussfeststel-
lungsklage **13** 78

- Wettbewerbsverbot **13** 76

- Wirkungsweise **13** 79

- Zweipersonen-GmbH **13** 78

Adressat **Anh. 47** 58

Agio **3** 39, **5** 14

- Kapitalerhöhung **55** 10 f., **56a** 4

Aktienrecht **Anh. 47** 1

- §§ 241 ff. AktG **Anh. 47** 3

Akzessorietät

- Ergebnisverwendung **Anh. 47** 51

- Jahresabschluss **Anh. 47** 51

- Jahresergebnis **Anh. 47** 51

Allgemeine Feststellungsklage

- negative **Anh. 47** 9 f.

- positive **Anh. 47** 9 f.

Amtsauflösungsverfahren

- Ablauf **75** 78 ff.

- Aufforderung **75** 78

- Beteiligte **75** 77

- Einleitung **75** 76

- Entscheidung **75** 80

- Kosten **75** 83

- Rechtsmittel **75** 82

- Voraussetzungen **75** 70 ff.

- Widerspruch **75** 79

- Zuständigkeit **75** 75

Amtskontinuität **66** 28

- geborener Liquidator **66** 18 ff.

- Kompetenzkontinuität **68** 7

- Nachtragsliquidation **66** 20

AmtsLöschungsverfahren

- Ablauf **75** 64 ff.

- Beteiligte **75** 63

- Einleitung **75** 58 ff.

- Entscheidung **75** 66

- Kosten **75** 69

- Löschungsankündigung **75** 65

- Lösungsvermerk **75** 67

- Rechtsmittel **75** 68

- Voraussetzungen **75** 56

- Widerspruch gegen Löschung **75** 66

- Zuständigkeit **75** 57

Amtsniederlegung

- Insolvenzantragspflicht

Anh. 60 I 155 ff.

Amtsniederlegung des Liquidators

66 45, **71** 19

- Erklärungsgegner **66** 45

Analogie zum Aktienrecht

Anh. 47 14, 38

- §§ 241 ff. AktG **Anh. 47** 12

- Grenzen **Anh. 47** 10

- Interessenlage **Anh. 47** 1, 3, 10, 40

- planwidrige Regelungslücke

Anh. 47 1

- Regelungslücke **Anh. 47** 1, 3, 40

Änderung des Gesellschaftsvertrags

- Abwicklungsstadium **53** 35

- Aufhebung u. Änderung sat-
zungsändernder Beschlüsse **53** 38

- Auslandsbeurkundung **53** 31

- befristet, bedingt **53** 36

- Beschlussfassung **53** 26 ff.

- echte Satzungsbestandteile **53** 4 ff., 9

- Einziehung **53** 48

- Feststellung des Beschlussergeb-
nisses **53** 28

- Form **53** 30 ff.

- Gesellschafterbeschluss **53** 25 ff.

- Gesellschaftszweck **53** 12

- Gleichbehandlungsgrundsatz **53** 43

- Holzmüller-Entscheidung **53** 14

- Leistungsvermehrung **53** 41 f.
- Mehrheit **53** 29
- Minderjährige **53** 27
- Musterprotokoll **53** 3
- Rückwirkung **53** 37
- Satzungsdurchbrechung **53** 19 ff.
- Sitz **53** 15
- Sonderrechte **53** 43 f.
- Tatsachenprotokoll **53** 30
- Umstrukturierungsmaßnahmen **53** 14
- Umwandlung **53** 17
- unechte Satzungsbestandteile **53** 4 ff., 10 f.
- Unternehmensgegenstand **53** 12 ff.
- Unternehmensverträge **53** 49
- Veräußerlichkeit, Vererblichkeit **53** 45 f.
- Vinkulierung **53** 45 f.
- Vollmacht **53** 27, 32
- Vorgesellschaft **53** 35
- Vorkaufsrechte, Vorerwerbsrechte **53** 47
- Vorzugsgeschäftsanteile **53** 43
- Wirksamwerden **54** 39
- zusätzliche statutarische Erfordernisse **53** 33 f.
- Zuständigkeit **53** 25
- Zustimmungserfordernisse **53** 33, 39 ff.
- Änderung des Gesellschaftsvertrags
 - Eintragung ins Handelsregister
 - Amtslöschung **54** 43 f.
 - anfechtbarer Beschluss **54** 28, 30
 - Anlagen zur Anmeldung **54** 13 f.
 - anmeldebedürftige Vorgänge **54** 4 f.
 - Anmeldung **54** 5 ff.
 - Beanstandung, Zwischenverfugung **54** 33
 - Bekanntmachung **54** 42
 - Eintragungsverfahren **54** 23 ff.
 - Folgen der Eintragung für Mängel **54** 40 f.
 - Form der Anmeldung **54** 10
 - Freigabeverfahren **54** 34 ff.
 - Inhalt der Anmeldung **54** 11 f.
 - Inhalt der Eintragung **54** 37 f.
 - nichtiger Beschluss **54** 27, 30
 - Pflicht zur Anmeldung **54** 2, 8 f.
 - Prüfungsrecht u. Prüfungspflicht des Registergerichts **54** 23 ff.
 - Rechtsmittel **54** 33
 - Registersperre **54** 32
 - Rücknahme der Anmeldung **54** 21 f.
 - unwirksamer Beschluss **54** 27, 30
 - Wirkung **54** 39 ff.
 - Zeitbestimmung **54** 22 f.
 - zuständiges Gericht **54** 19 f.
 - Zuständigkeit für Anmeldung **54** 5 ff.
- Anerkennung **Anh.** 47 124
- Anfechtbarkeit
 - Bestätigung **Anh.** 47 54
 - Kapital- und Gewinnrücklagen **Anh.** 47 44
 - Satzungsbestimmungen **Anh.** 47 44
- Anfechtung
 - Anfechtungsbefugnis **Anh.** 47 70
 - Aufsichtsratswahl **Anh.** 47 70
 - Auslegung **Anh.** 47 65
 - Begründetheit **Anh.** 47 76
 - Beschlussmängel **Anh.** 47 56
 - Bestätigung **Anh.** 47 73, 75 f.
 - Ergebnisverwendung **Anh.** 47 72
 - Gesetz **Anh.** 47 64
 - Gleichbehandlung **Anh.** 47 67
 - Gründe **Anh.** 47 56
 - Informationsmängel **Anh.** 47 63
 - inhaltliche Fehler **Anh.** 47 64
 - Jahresabschluss **Anh.** 47 71
 - Kausalität **Anh.** 47 57
 - MoPeG **Anh.** 47 147 ff.
 - Nebenabreden **Anh.** 47 69
 - Neufassung **Anh.** 47 76
 - Ordnungsvorschrift **Anh.** 47 65
 - Rechtsfolge **Anh.** 47 56
 - Rechtsschutzbedürfnis **Anh.** 47 76
 - Relevanz **Anh.** 47 57, 63, 70
 - Satzung **Anh.** 47 65
 - Sondervorteil **Anh.** 47 66
 - Stimmabgabe **Anh.** 47 60

- Treuepflicht **Anh. 47 68**
- verbindlicher Wahlvorschlag
Anh. 47 70
- Verfahrensfehler **Anh. 47 57**
- Wiederholung **Anh. 47 76**
- Zurechnungsdurchgriff **13 148**
- Anfechtungsbefugnis
- Anfechtungsklage **Anh. 47 83**
- Begründetheit **Anh. 47 83**
- Mitgliedschaft **Anh. 47 83, 85**
- Verpfändung **Anh. 47 87**
- Zwangsvollstreckung
Anh. 47 87
- Anfechtungsfrist **Anh. 47 5, 104**
- § 246 I AktG **Anh. 47 3**
- Anfechtungsgründe **Anh. 47 108**
- Beginn **Anh. 47 105, 149**
- Beirat **Anh. 47 107**
- Darlegungs- und Beweislast
Anh. 47 105
- Mediation **Anh. 47 105**
- Monatsfrist **Anh. 47 105**
- Satzung **Anh. 47 16, 106**
- Überschreitung **Anh. 47 105**
- Vergleichsverhandlungen
Anh. 47 105
- Verlängerungsgründe
Anh. 47 105
- Anfechtungsgründe **Anh. 47 11 f., 56, 146**
- Anfechtungsfrist **Anh. 47 108**
- Anfechtungsklage **Anh. 47 14, 77 ff.**
- Abwicklung der für nichtig erklärten GmbH 77 2 ff.
- Aktivlegitimation 75 19 ff.
- allgemeine **Anh. 47 92**
- allgemeine Feststellungsklage
Anh. 47 92
- Anfechtungsbefugnis
Anh. 47 87
- Anfechtungsfrist **Anh. 47 104**
- Antrag **Anh. 47 78 ff., 111, 78 ff., 78 ff.**
- Anwendungsbereich 75 5
- Aufforderung zur Beseitigung des Mangels 75 33
- Begründetheit 75 35
- Bekanntmachung 75 40
- Darlegungs- und Beweislast
Anh. 47 118 ff., 118 ff.
- einstweiliger Rechtsschutz 75 52
- Fortsetzung der für nichtig erklärten GmbH 77 7
- Freigabeverfahren 75 53.1
- Handelsregister 75 46 ff.
- Handelssache **Anh. 47 110**
- Heilungsfrist **Anh. 47 104**
- Insolvenz **Anh. 47 86**
- Klagefrist 75 30 f., **Anh. 47 104, 104 ff.**
- Klageschrift 75 37 f.
- Kosten 75 51
- materielle Rechtskraft
Anh. 47 77, 127
- Nebenintervention 75 42,
Anh. 47 100 ff.
- Passivlegitimation 75 26
- praktische Bedeutung 75 6
- Rechtsfolgen eines stattgebenden Urteils 77 2 ff.
- Rechtsmissbrauch **Anh. 47 93 ff.**
- Rechtsmittel 75 50
- Rechtsschutzbedürfnis 75 34,
Anh. 47 87
- Schadensersatzpflicht bei unbegründeter Klage 75 49
- Schiedsverfahren 75 53
- schwebend unwirksame Stimme
Anh. 47 62
- Streitgegenstand 75 17,
Anh. 47 77
- Streitwert 75 51
- Urteil 75 43 ff.
- Urteilswirkung 75 44 f.
- Verbindung 75 41
- Verfahren 75 36 ff.
- Verpfändung **Anh. 47 87**
- Vertretung 75 27 ff.
- Verwirkung 75 32
- Widerklage **Anh. 47 116**
- Zulässigkeit 75 18 ff.
- Zuständigkeit 75 18, **Anh. 47 110**
- Zustellung 75 39
- Zwangsvollstreckung
Anh. 47 87
- Anfechtungsmodell **Anh. 47 2 f.**
- Anfechtungsklage
- Widerklage **Anh. 47 116**

- Angehörige
 - Gesellschafterfremdfinanzierung **Anh. 30** 64
- Anhängigkeit **Anh. 47** 115
- Anhörung
 - Nichtigkeit **Anh. 47** 52
- Anlagebetrug **13** 63
- Anmeldepflicht **78** 1 ff.
 - Adressat **67** 3 f.
 - Bestellungsgrund **67** 9
 - Handelsregister **67** 1
 - Veränderung **67** 5
 - Vermögenslosigkeit **67** 2 f.
- Anmeldung **Anh. 47** 142
- Anmeldung der Liquidatoren **67** 1 ff.
- Anmeldung zum Handelsregister
 - elektronische **67** 11, **74** 16
- Anrechnungslösung **19** 46, 68 ff.
- Anschlussarbeitsverhältnis **35** 58
- Anschrift **Anh. 47** 58
- Ansprüche der Gesellschafter
 - Vergütungen **72** 5
- Anspruch gegen Gesellschafter
 - AnfG **73** 41
- Anspruchsinhalt
 - Schadensersatz **73** 33
- Anstellungsvertrag
 - Kündigung **66** 47
 - Liquidator **66** 38 ff., 47
- Anteil am Liquidationsguthaben **72** 9 ff.
- Anteilsaufstockung **34** 59
- Anteilskauf
 - Mängelhaftung **15** 48 ff.
- Anteilsneubildung **34** 59
- Antrag auf Neubestellung **66** 31
- Anträge **Anh. 47** 112 f.
 - Bestätigung **Anh. 47** 114
 - Neufassung **Anh. 47** 114
 - Wiederholung **Anh. 47** 114
- Antragsberechtigte **66** 36
- Antragsverfahren
 - Beteiligung **66** 34
- Anwendung
 - §§ 241 ff. AktG **Anh. 47** 10
- Arbeitnehmerschutzrechte **35** 63
- Arbeitnehmersvertreter
 - Aufsichtsrat **Anh. 47** 70
- Arbeitsdirektor **35** 6, **37** 30
- Aufgabe zur Post **Anh. 47** 58
- Aufgeld **3** 39, **5** 14
- Auflösung
 - Gewinnverwendungsbeschluss **69** 7
 - Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut **66** 4
- Aufrechnung **31** 63 ff.
 - bei vollwertigem Gegenanspruch **31** 63
 - durch Gesellschaft **31** 64
 - durch Gesellschafter **31** 63
 - gegen abgetretene Erstattungsansprüche **31** 99
 - Gesellschafterfremdfinanzierung **Anh. 30** 158
- Aufrechnung durch Gesellschaft **19** 30
- Aufrechnung durch Gesellschafter **19** 27 ff.
- Aufschiebende Bedingung
 - Ergebnisverwendung **Anh. 47** 13
- Aufsichtsrat **Einf** 37, **52** 1 ff., **Anh. 47** 89, 135
 - aktienrechtliche Vorschriften, Anwendbarkeit **52** 12 ff.
 - Amtsbeendigung **52** 48 ff.
 - Amtsniederlegung **52** 53
 - Amtszeit **52** 47 ff.
 - Arbeitsweise **52** 60 ff.
 - Aufgaben **52** 70 ff.
 - Ausschüsse **52** 69
 - Beratungsaufgaben **52** 72 ff.
 - Beschluss **Anh. 47** 36 f.
 - Beschlussmängel **52** 21 ff.
 - Drittelbeteiligungsgesetz **52** 119 ff.
 - Einrichtung **52** 6 ff., 27 ff.
 - fakultativer **52** 4 ff., **Anh. 47** 34
 - fehlerhafte Beschlüsse **52** 15 ff.
 - Geschäftsführungsaufgaben, Mitwirkung **52** 93 ff.
 - Geschäftsordnung **52** 58 ff.
 - Gesellschafterversammlung **52** 90 ff.
 - Gestaltungsfreiheit, Grenzen **52** 8 ff.
 - Größe **52** 31 ff.

- Haftung **52** 104 ff.
- Haftung der Mitglieder **52** 94 ff.
- Informationspflichten **52** 83 ff.
- Informationsrechte **52** 83 ff.
- Informationsweitergabe **52** 86 ff.
- innere Ordnung **52** 58 ff.
- Jahresabschluss, Prüfung **52** 89 ff.
- Konkurrenzverbot der Mitglieder **52** 102 ff.
- Kreditvergabe an Aufsichtsratsmitglieder **52** 100
- Liquidation **69** 11, **71** 21
- Mitglied, Anforderungen **52** 34 ff.
- Mitwirkung **Anh.** 47 45
- obligatorischer **52** 3 ff., 15 ff., 41 ff., 104 ff., **Anh.** 47 34
- Ordnungswidrigkeit **87** 1 ff.
- Pflichten **52** 70 ff.
- Pflichtverletzung **52** 104 ff., **86** 1 ff.
- Prüfungsprogramm **52** 75 ff.
- Rechte **52** 70 ff.
- Sitzungsdurchführung **52** 63 ff.
- Sitzungsteilnahme **52** 66 ff.
- Sitzungsvorbereitung **52** 61 ff.
- Stellvertretung **52** 20
- Stimmbote **52** 20
- strafrechtliche Sanktion **86** 1 ff.
- Überwachungsaufgaben **52** 72 ff.
- Überwachungsdichte, Einflussfaktoren **52** 80 ff.
- Vergütungsanspruch **52** 96 ff.
- Verschwiegenheit **52** 101
- Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern **52** 98 ff.
- Vertretung der Gesellschaft **52** 91 ff.
- Vorsitzender **52** 63 ff.
- Wahl **52** 41 ff., **Anh.** 47 36 f., 70
- Zusammensetzung **52** 31 ff.
- Aufsichtsrat nach DrittelbeteiligungsgG
 - Amtsbeendigung **52** 161 ff.
 - Amtszeit **52** 158 ff.
 - Arbeitnehmervertreter **52** 149 ff.
 - Arbeitsweise **52** 166
 - Ausschüsse **52** 179 ff.
 - Beweislast bei Schaden **52** 192
 - Entscheidungen **52** 173 ff.
 - Entsendung **52** 153 ff.
 - Ersatzmitglieder **52** 155
 - Haftung der Mitglieder **52** 182 ff.
 - innere Ordnung **52** 165
 - Konzern **52** 151 ff.
 - Notbestellung **52** 155
 - organisatorischer Rahmen **52** 148 ff.
 - Pflichten der Mitglieder **52** 182 ff.
 - Sitzungsdurchführung **52** 168 ff.
 - Sitzungsteilnahme **52** 171 ff.
 - Sitzungsvorbereitung **52** 167
 - Stellvertreter **52** 155
 - Vorsitzender **52** 168 ff.
 - Wahlanfechtung **52** 152 ff.
 - Zusammensetzung **52** 192
- Aufsichtsrat nach DrittelbG
 - personelle Anforderungen **52** 122 ff., 127 ff., 135 ff.
 - Zusammensetzung **52** 120 ff.
- Aufsichtsratswahl **Anh.** 47 34, 70
 - Anfechtung **Anh.** 47 70
 - Anfechtungsbefugnis **Anh.** 47 70
 - Arbeitnehmervertreter **Anh.** 47 70
 - Minderheitsgesellschafter **Anh.** 47 70
 - Relevanz **Anh.** 47 70
 - verbindlicher Wahlvorschlag **Anh.** 47 70
- Aufsichtsratswahl, Nichtigkeit **Anh.** 47 4, 13, 34 ff.
 - Akzessorietät **Anh.** 47 51
 - Anhörung **Anh.** 47 52
 - Auslegung **Anh.** 47 52
 - Bestätigung **Anh.** 47 54
 - Bestellung **Anh.** 47 36
 - Beurkundungsmängel **Anh.** 47 53
 - Bewertung **Anh.** 47 48 f.
 - Bilanzposten **Anh.** 47 49
 - Disposition **Anh.** 47 17
 - Einberufungsmängel **Anh.** 47 53
 - Einschränkung **Anh.** 47 17
 - Ergebnisverwendung **Anh.** 47 51

- Erweiterung **Anh. 47 17**
- Formblätter **Anh. 47 47**
- Gläubigerschutz **Anh. 47 53**
- Gliederung **Anh. 47 47**
- Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung **Anh. 47 42**
- Heilung **Anh. 47 50, 53**
- Hindernis **Anh. 47 35**
- Höchstzahl **Anh. 47 35**
- Jahresabschluss **Anh. 47 38, 47, 50**
- Kapital- und Gewinnrücklagen **Anh. 47 44**
- Klarheit **Anh. 47 47**
- Kompensation **Anh. 47 49**
- Kontinuität **Anh. 47 35**
- Nachträgliche Änderung **Anh. 47 43**
- öffentliche Interessen **Anh. 47 53**
- Perplexität **Anh. 47 52**
- Prüfung **Anh. 47 43**
- Rechtsfolge **Anh. 47 36**
- Satzung **Anh. 47 17**
- Satzungsbestimmungen **Anh. 47 44**
- Sittenwidrigkeit **Anh. 47 53**
- Status quo **Anh. 47 35**
- Überbewertung **Anh. 47 48**
- Übersichtlichkeit **Anh. 47 47**
- Unterbewertung **Anh. 47 48**
- Vermögensgegenstand **Anh. 47 49**
- Vorsatz **Anh. 47 48**
- Wahl **Anh. 47 36**
- Wahlvorschlag **Anh. 47 35**
- Wesen der Gesellschaft **Anh. 47 53**
- Willensmängel **Anh. 47 52**
- Auseinandersetzungsanspruch **72 12**
- Ausfallhaftung **21 27 ff., 24 1, 31 39 ff.**
- Abtretung **31 45**
- Abtretung von Erstattungsansprüchen **31 96 f.**
- Anspruchsdurchsetzung **24 15**
- dingliche oder persönliche Haftung **31 47 f.**
- Erforderlichkeit zur Gläubigerbefriedigung **31 42**
- Fälligkeit **31 46**
- Gesellschaftereigenschaft **31 45 ff.**
- Haftung der Mitgesellschafter **31 51 ff.**
- Haftungsbegrenzung **31 54 ff.**
- Haftungsumfang **24 10 ff., 31 50 ff.**
- Haftungsvoraussetzungen **31 40 ff.**
- interner Ausgleich **24 17 f.**
- Kritik **31 57**
- Präventivwirkung **31 43**
- Regress des Mitgeschafters **31 60**
- Subsidiarität **24 3 f.**
- Treuhand **31 49**
- Uneinbringlichkeit **31 41**
- Verschuldensunabhängigkeit **31 43**
- weitergehende Verschuldenshaftung **31 59**
- Ausgleichsanspruch **72 19**
- Bemessung **Anh. 30 221 ff.**
- Nutzungsüberlassung **Anh. 30 220 ff.**
- Auskunftsrecht
- Art und Weise der Auskunftserteilung **51a 15**
- Umfang **51a 14**
- Auskunfts- und Einsichtsrecht
- Kollision **51a 10**
- Verfahren zur Gewährung **51a 11**
- Verweigerung der Erteilung **51a 17**
- Ausländer
- Gesellschafter **1 24**
- Ausländische Gesellschaft mit Inlandssitz **Einf 57**
- Ausländische Rechtsordnungen **Einf 54 ff.**
- Auslandsgesellschaft
- Insolvenzantragspflicht **Anh. 60 I 129 f.**
- Insolvenzantragspflicht (Strafrecht) **Anh. 60 I 188**
- Insolvenzerursachungshaftung **Anh. 60 II 128**

- Masseschmälerungshaftung
Anh. 60 II 23
- Auslandsgesellschaften
 - Gesellschafterfremdfinanzierung **Anh. 30 39 ff.**
- Ausschluss **13 44, 34 3 ff.**
 - Ausschlussgründe **34 5 ff.**
 - Kapitalerhaltung **Anh. 34 10**
 - Klage **Anh. 34 16**
 - Rechtsfolgen **Anh. 34 17 ff.**
 - Satzung **Anh. 34 11, 16**
 - Urteil **Anh. 34 16**
 - Verfahren **Anh. 34 12 ff.**
 - Voraussetzungen **34 5 ff., Anh. 34 5 ff.**
 - wichtiger Grund **Anh. 34 5 ff.**
 - Zulässigkeit **34 3**
 - Zweimann-Gesellschaft
Anh. 34 4
 - Zweipersonen-Gesellschaft **34 4**
- Ausschüttungssperre **73 5 ff.**
- Liquidation **69 8**
- Ausschüttungsverbot **73 46**
- Außenvertretung
 - Bevollmächtigung **68 2 f.**
 - Gesamtvertretung/gemeinschaftliche Vertretung **68 2 ff.**
- Außergerichtliche Geltendmachung
 - Anfechtbarkeit **Anh. 47 146**
 - Nichtigkeit **Anh. 47 146**
- Aussonderungssperre
 - Nutzungsüberlassung
Anh. 30 215 ff.
- Austrahlungswirkung **Anh. 47 15**
- Austritt
 - Kapitalerhaltung **Anh. 34 25**
 - Rechtsfolgen **Anh. 34 30 f.**
 - Satzung **Anh. 34 26**
 - Verfahren **Anh. 34 27 ff.**
 - Voraussetzungen **Anh. 34 21 ff.**
 - wichtiger Grund **Anh. 34 21 ff.**
- Auszahlung **Anh. 47 5 ff., 61**
- Auszahlungsempfänger **30 45 ff.**
 - Angehörige **30 60**
 - Dritte **30 48 ff., 61**
 - Dritte, dem Gesellschafter gleichgestellte **30 48 ff.**
 - Dritte, nahegestellte **30 49 ff.**
 - fremde Dritte **30 61**
 - Gesellschafter **30 45 ff.**
 - Gesellschaftereigenschaft **30 46**
 - künftiger Gesellschafter **30 46**
 - mittelbare Leistungen **30 47**
 - MoMiG **30 50**
 - persönliches Näheverhältnis **30 60**
 - Umgehungsgeschäfte **30 47 f., 60**
 - wirtschaftliches Näheverhältnis **30 50 ff.**
- Auszahlungsverbot **30 7 ff.**
 - § 134 BGB **30 119 f.**
 - Adressat **30 10, 13, 15**
 - an Dritte **30 15**
 - an Gesellschafter **30 13 f.**
 - Anspruchskonkurrenz **30 128**
 - Ausnahmen **30 95 ff.**
 - Auszahlung **30 17 ff.**
 - Befriedigungsreserve **30 8**
 - Bestellung von Sicherheiten **30 112 ff.**
 - Beweis der Unterbilanz **30 134**
 - Beweislastumkehr **30 134**
 - Darlegungs- und Beweislast **30 133 ff.**
 - Deckungsgebot **30 102**
 - deliktischer Schadensersatz **30 127**
 - Downstream Merger **30 116**
 - Empfänger der Auszahlung **30 45 ff.**
 - Erstattungspflicht gem. § 31 GmbHG **30 124**
 - existenzvernichtender Eingriff **30 128**
 - Gläubigeranfechtung **30 130**
 - Haftung **30 12**
 - Haftung von Prokuristen **30 12**
 - Haftung von Vertretern **30 12**
 - in GmbH & Co. KG **30 137 ff.**
 - Insolvenzverursachungshaftung **30 131**
 - Kasuistik **30 112 ff.**
 - Leistungsverweigerungsrecht **30 121 ff.**
 - Leveraged-Buy-Out **30 116**
 - Nichtigkeit **30 119**
 - Normadressaten **30 9 ff.**

- Rechtsfolgen **30** 118 ff.
- Schadensersatz **30** 125 ff.
- Schutzbereich **30** 8
- Schutzgegenstand **30** 7 ff.
- Schutzgesetz **30** 127
- schwebende Unwirksamkeit **30** 122
- sekundäre Beweislast **30** 136
- Sittenwidrigkeit **30** 129
- Tatbestand **30** 16
- Treuepflicht **30** 14
- Unternehmenskauf **30** 116
- Verbot der Auszahlung **30** 118
- Verbotstatbestand **30** 16 ff.
- vertraglicher Schadensersatz **30** 126
- Vorabgewinnausschüttung **30** 132
- vorübergehende Nichtdurchsetzbarkeit **30** 121 ff.
- zwingendes Recht **30** 6
- Auszahlungsverbot, Adressaten **30** 9 ff.
 - Angestellte **30** 9
 - Dritte **30** 15
 - Geschäftsführer **30** 9 ff.
 - Gesellschaft **30** 10 ff.
 - Gesellschafter **30** 13 f.
 - nahestehende Personen **30** 15
 - Nießbraucher **30** 58
 - Pfandgläubiger **30** 58
 - Prokuristen **30** 9, 12
 - Quasi-Gesellschafter **30** 15
 - Strohmann **30** 54
 - Treuhänder **30** 52 ff.
- Auszahlungsverbot, Ausnahmen **30** 95 ff.
 - Ansprüche gegen Dritte **30** 104
 - Austauschgeschäfte **30** 97
 - Auszahlung durch Unterlassen der Kündigung von Darlehen **30** 106
 - Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag **30** 110 f.
 - Cash Pooling **30** 95, 101, 103
 - Deckungsgebot **30** 36, 102
 - Kreditgeschäfte **30** 97
 - maßgeblicher Zeitpunkt der Vollwertigkeit **30** 105
 - MoMiG **30** 111
 - Rückgewähr eines Darlehens **30** 107 ff.
 - unverzinstes Darlehen **30** 103
 - vollwertiger Gegenleistungs- und Rückerstattungsanspruch **30** 95
 - Vollwertigkeit des Gegenanspruchs **30** 98 ff.
- Auszahlungsverbot in GmbH & Co. KG **30** 137 ff.
 - Auszahlung aus GmbH-Vermögen **30** 139 ff.
 - Auszahlung aus KG-Vermögen **30** 142 ff.
 - Fiktion der Nichteinzahlung von Nachschüssen **30** 152
 - HGB Vorschriften **30** 137 f.
 - Nur-Kommanditist **30** 140
 - Rückzahlungsbeschluss **30** 150
 - Rückzahlung von Nachschüssen **30** 146 ff.
- Balsam/Procedo-Rechtsprechung **30** 73
- Bareinlage **19** 2 f.
- Bargeschäft
 - Abgrenzungskriterium für Gesellschaftserfinanzierung **Anh. 30** 119
 - Gesellschaftserfremdfinanzierung **Anh. 30** 153
- Bausparkassen
 - Insolvenzantragspflicht **Anh. 60 I** 131
- Bedingung **Anh. 47** 62
- Beendigung der Gesellschaft **74** 33 ff.
 - Lehre vom Doppeltatbestand **74** 35, 38
 - Parteifähigkeit **74** 38
 - Prozessfähigkeit **74** 38 ff.
- Beendigung der Liquidation **74** 4 ff.
 - Abgrenzung zur Nachtragsliquidation **74** 20 ff.
 - Amtsermittlungspflicht **74** 18 ff.
 - Anmeldung zum Handelsregister **74** 16 ff.

- Erledigung aller Liquidationsmaßnahmen **74 11**
- kein verteilbares Vermögen **74 5 ff.**
- Kostenerstattungsansprüche **74 6**
- Sicherheiten Dritter **74 8**
- Sperrjahr **74 10**
- Veranlassung der Verwahrung **74 14**
- Beendigungsvoraussetzung
 - Konstitutive Handelsregistereintragung **74 34**
- Befreiung **Anh. 47 29**
- Befugnis
 - Versammlungsleiter **Anh. 47 8**
- Begrenzung der Neugeschäfte
 - Fortsetzung der Gesellschaft **70 18**
- Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag **30 110 f.**
- Beherrschungsvertrag **13 108 ff.**
- Beihilfen
 - Gesellschafterfremdfinanzierung **Anh. 30 55**
- Beirat **52 193 ff., Anh. 47 90, 135**
 - Anfechtungsfrist **Anh. 47 107**
- Beitrittserklärung **2 18**
 - Mangel **2 45 ff.**
- Bekanntmachung
 - fehlerhafte **12 13**
- Bekanntmachungen **12 1 ff.**
- Benachrichtigung **Anh. 47 100 f.**
- Benachteiligungsverbot **13 97 ff.**
- Beschlussergebnis **Anh. 47 5 ff.**
- Beschlussfassung
 - Gesellschaftergesamtheit **47 1**
 - kombiniertes Verfahren **Anh. 47 22**
 - schriftliches Verfahren **Anh. 47 22**
- Beschlussfeststellung **Anh. 47 6 ff., 8**
 - Abstimmungsergebnis **Anh. 47 81 f.**
 - Auszählung **Anh. 47 82**
 - Beschlussergebnis **Anh. 47 81 f.**
 - förmliche **Anh. 47 5**
 - Versammlungsleiter **Anh. 47 81 f.**
- Beschlussfeststellungsklage **72 15, Anh. 47 61, 151**
- Beschlussgründe
 - Kompetenzordnung **Anh. 47 109**
 - Nachschieben **Anh. 47 109**
 - Zwei-Personen-Gesellschaft **Anh. 47 109**
- Beschlussmängel
 - Anfechtungsgründe **Anh. 47 12, 56 ff.**
 - Beschlussergebnis **Anh. 47 81 ff.**
 - Beurkundung **Anh. 47 24**
 - Einberufungsmängel **Anh. 47 22**
 - Einmann-GmbH **Anh. 47 27**
 - Feststellungsklage **Anh. 47 129 ff.**
 - Form **Anh. 47 25, 27**
 - Nichtigkeit **Anh. 47 4, 13 ff.**
 - Nichtigkeitsgründe **Anh. 47 12, 13 ff.**
 - Rechtsfolgen **Anh. 47 12 ff.**
 - Rechtsschutzbedürfnis **Anh. 47 83 ff.**
 - Tagesordnung **Anh. 47 58**
 - Wiederholung **Anh. 47 73**
- Beschlussmangel, Nichtigkeit **Anh. 47 13 ff.**
- Beschlussmängelrecht **Anh. 47 1**
- Beschränkte Nachschusspflicht **28 1 ff.**
- Beschwerde
 - Rechtsbeschwerde **66 34**
- Beschwerderecht
 - Beschwerdeberechtigung **71 49**
- Beschlussmängel
 - Klagebefugnis **Anh. 47 83 ff.**
- Besitz **13 7**
- Besondere Rechte **3 40 ff.**
- Besonderheiten
 - GmbH **Anh. 47 3**
- Bestandskraft **Anh. 47 33**
- Bestandsschutz **75 1**
- Bestätigung **Anh. 47 54**
 - Anfechtung **Anh. 47 73 ff.**
 - Begründetheit **Anh. 47 73, 75**
 - Bestandskraft **Anh. 47 74**
 - ex nunc **Anh. 47 73**
 - Rechtsfolge **Anh. 47 75**